

## Gewerkschaften und SP fordern mehr Gerechtigkeit für Frauen

**Kategorien:** [Compensation & Benefits](#), [Arbeits- und Sozialversicherungsrecht](#), [Arbeitsmarkt](#) | 08.03.2013

**Lohnleichheit, Mindestlöhne, verbesserte Kita-Bedingungen und Steuergerechtigkeit: Diese zentralen Forderungen haben die Gewerkschaften Unia und VPOD sowie die SP Frauen am Freitag, 8. März, anlässlich des internationalen Frauentags geäußert.**



*Statt bis Silvester müssen Frauen bis zum 7. März arbeiten, um für die selbe Arbeit gleich viel zu verdienen wie ein Mann. Gewerkschaften machen am internationalen Frauentag noch einmal darauf aufmerksam. (Bild: Equal Pay Day)*

Bern (sda). Die Gewerkschaftssekretäre der Unia strömten in Detailhandels- und Industriebetriebe aus und verteilten den dortigen Arbeitnehmern eine 41-Frankennote im Kleid einer 50-Frankennote.

Dies sollte symbolisch für die nach wie vor bestehende Lohndifferenz von 18,4 Prozent zwischen Mann und Frau stehen, teilte die Unia am Freitag in einem Communiqué mit.

Obwohl die Lohnleichheit im Gesetz verankert sei, überprüften nur eine geringe Anzahl Unternehmen ihre Löhne auf Lohnleichheit. Die Unia fordert daher, dass die Verankerung von gleichen Löhnen und deren Überprüfung in den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) festgelegt wird.

Ebenso setzt sich die Unia für eine rasche Erhöhung der Frauenlöhne durch die Einführung von Mindestlöhnen ein, wie derzeit in den Verhandlungen zur Erneuerung des GAV in der Maschinenindustrie. Dort verdienen die Frauen gar 23 Prozent weniger als die Männer. Besonders drastisch sei die Lage auch im Detailhandel, wo rund 60'000 Frauen für einen Lohn unter 4000 Franken arbeiten würden.

### Kita-Bedingungen verbessern

Der VPOD, die Gewerkschaft für das Personal öffentlicher Dienste, meldete sich am Frauentag ebenfalls zu Wort. Die Mehrheit der Stimmenden habe mit dem Ja zum Familienartikel am vergangenen Sonntag auch Ja gesagt zu einer aktiven Familienpolitik, heisst es im Communiqué. Es sei nun an den Kantonen und Gemeinden, dieses Ergebnis ernst zu nehmen und die Rahmenbedingungen in der externen Kinderbetreuung zu verbessern.

Betreuungsberufe gälten jedoch als typische Frauenberufe und würden daher nicht angemessen bezahlt. Dies führe dazu, dass nach wie vor ein Drittel der Stellenprozente in Kitas von Auszubildenden und Praktikanten besetzt sei. 45 Prozent der Kita-Angestellten verfügten zudem über keine Fachausbildung. Und auch für Kitas brauche es einen allgemeinverbindlichen GAV, der Lohndumping verhindere, fordert der VPOD.

### «Zeitgenössische Familienpolitik»

Die SP Frauen Schweiz forderten den Bundesrat ihrerseits auf, das «Ernährermodell» in der Besteuerung von Paaren zu beseitigen. Die Besteuerung des Zweitverdienstes bei Verheirateten stelle nämlich vor allem für Frauen eine Barriere für die Erwerbsbeteiligung dar. Angestrebt werde die ökonomische Unabhängigkeit jeder einzelnen Person.

Das geltende Steuerrecht führe zu «fragwürdigen Ungerechtigkeiten» zwischen den verschiedenen Zivilstands- und Haushaltsformen, schreiben die SP Frauen in ihrem Communiqué weiter. Zu einer «zeitgenössischen Familienpolitik» gehöre ausserdem auch, dass Familien mithilfe von Familienergänzungsleistungen vor Armut geschützt würden.

---



**MAS Human  
Resources  
Leadership**

